



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 2,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 1,25 Mark, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 8. bis 14. August 1920 ist die Beitragsmarke in das mit 33 bezeldnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Ausschreibung.

Durch das Anwachsen des Gaues VII hat sich eine Teilung notwendig gemacht. Es werden für die Folge: Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen einen abgeschlossenen Gau mit Stettin als Gauvorort bilden. Schlesien bildet ebenfalls einen abgeschlossenen Gau mit Breslau als Gauvorort.

Durch die Wahl des bisherigen Gauleiters zum 2. Verbandsvorsitzenden werden für beide Gause die Stellen der Gauleiter neu ausgeschrieben.

Bewerber resp. Bewerberinnen müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein, über agitatorische und verwaltungstechnische Fähigkeiten verfügen, sowie rednerisch und schriftlich in der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder bewandert sein.

Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und einer kurzen Abhandlung über die Aufgaben eines Gauleiters sind bis zum 22. August d. J. an den Verbandsvorstand zu richten.

Die Zahlstelle Stargard i. Pom. erhöht ab 1. August den Lokalbeitrag von 10 Pfg. auf 20 Pfg.

Die Zahlstelle Rheydt hat beschlossen, ab 32. Woche einen Lokalzuschlag von 50 Pfg. zu erheben.

Der Verbandsvorstand gibt hierzu seine Genehmigung.

Nach dem Beschluß des Verbandstages in Frankfurt a. M. haben die Ortsverwaltungen Bestellungen auf die Betriebsrätezeitung umgeben beim Verbandsvorstand aufzugeben. Der Bezugspreis der Betriebsrätezeitung beträgt 3 Mk. vierteljährlich und ist von der Ortsverwaltung zu tragen. Die Abonnementsgelder sind am Schluß des Quartals an den Hauptkassierer Koll. Sobahl einzufenden. Die Anzahl der gewünschten Exemplare ist sofort dem Verbandsvorstand anzugeben.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: G. Hornke, 2. Verbandsvorsitzender.

Beirat.

Laut Beschluß des 7. ordentlichen Verbandstages in Frankfurt a. M. wurde Unterzeichneter als Vorsitzender des

Verbands-Beirates

gewählt. Der Verbandstag bestimmte, daß der Verbandsbeirat aus je einem unbesoldeten Verbandsmitglied aus jedem Gau bestehen soll.

Um nun dem Beirat die Aktivität zu geben und dessen

Konstituierung

möglichst rasch vorzunehmen zu können, fordere ich sämtliche Zahlstellen unseres Verbandes auf, bis spätestens 22. August 1920

Vorschläge

zur Wahl eines Kollegen oder einer Kollegin an ihre Gauleiter gelangen zu lassen.

Die Gauleiter bitte ich, am Gauvorort eine Wahlkommission wählen zu lassen, die die Vorschläge auf einer Wahlliste vereinigt und durch Urwahl das Wahlergebnis feststellt. Das Ergebnis der Wahl ist spätestens am 8. September 1920 sowohl an den

Verbandsvorsitzenden

Kollegen Bucher, Berlin N.D.18, Elbingerstr. 18 III, wie an Unterzeichneter einzusenden.

Ich darf bei diesem Anlaß und bei der Wichtigkeit und Tragweite der Aufgaben und Arbeiten, die der Verbandsbeirat in Zukunft zu erledigen hat, wohl die Bitte an unsere Mitglieder richten, nur die

Euchtesten und Zuverlässigsten

ganz gleich welcher Parteirichtung in Vorschlag zu bringen.

Mit kollegialem Gruß

Albert Schmid,

München, Zweibrückenstr. 8/4.

Unser Weg.

II.

Für die sonst auf den Verbandstagen gewählte Kommission, die die schwere Aufgabe hat, eine Sichtung und Auswahl der zur Statutenänderung vorliegenden Anträge vorzunehmen und dem Plenum nach erfolgter Generaldebatte annehmbare Vorschläge zu machen, war auf dieser Generalversammlung eine Arbeitsteilung vorgesehen. Schon bei der Vorbereitungsphase wurden die Delegierten sich einig, daß die große Anzahl der gestellten Anträge, die auf die Festlegung der Beiträge und Neuregelung des Unterstützungswesens Bezug hatten, in einer eigens dazu bestimmten Kommission beraten werden müßten. Es wurde daher die Bildung von zwei Kommissionen für nötig erachtet und zuerst eine Finanzkommission gewählt, die für das Nestort des Kassierers und von diesem unterstützt und beraten in verhältnismäßig kurzer Zeit gute Arbeit leistete; die anderen Anträge aber, die, wie ein Redner sagte, mehr ideelle Bedeutung hatten und Vorschläge für die Zusammenziehung, Befugnisse und Pflichten der Verwaltungsorgane brachten, kamen vor ein besonderes Kollegium von fünf Mitgliedern.

Kollege Sobahl hatte schon in seinem Referat über die Finanzlage des Verbandes sehr eingehend die Wirkungen mancher Anträge behandelt. Natürlich trat er für die Vorschläge des Verbandsvorstandes ein, der in der höchsten Klasse einen Beitrag von 4 Mk. einführen wollte. Das nahm ihm ebenso natürlich niemand übel, konnte sich doch jedermann denken, daß er als Hauptkassierer der Vater dieses Antrages des Verbandsvorstandes war. Hierbei muß jedoch erwähnt werden, daß schon auf der letzten Gauleiterkonferenz in Berlin die Vertreter der Agitations- und Verwaltungsbezirke nach gründlicher Aussprache die Anträge von Frankfurt a. M. und Berlin über die Beitragsregelung als die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit der Verbandsmitglieder bezeichnet hatten, nach der dann auch entsprechend die Unterstützungssätze geregelt werden müßten. Noch am Vorabend des Verbandstages nahmen die Gauleiter in einer Sitzung zur Finanzlage des Verbandes Stellung, und auch hier zeitigte die Beratung kein anderes Ergebnis.

In der Generaldebatte fand dann auch der Antrag des Verbandsvorstandes keine Befürwortung. Die Finanzkommission empfahl den Antrag von Frankfurt a. M. zur Annahme, der einstimmig von den Delegierten gutgeheißen wurde. Die Berechnungen des Hauptkassierers waren dadurch über den Haufen geworfen. Er hatte für eine Gesamtausgabe von 2½ Millionen Deckung gesucht und fast genau einen Ueberschuß von 859 000 Mk. in Aussicht gestellt. Nachdem jedoch durch die Annahme des Kommissionsantrages die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen bedeutend verringert wurden, mußte ebenfalls eine Einschränkung der Ausgaben vorgesehen werden. Die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, die in den von der Kommission errechneten Sätzen angenommen wurde — allerdings nicht mehr einstimmig — sah schon eine Reduzierung der Ausgaben vor. Abgelehnt wurde aus demselben Grunde die Einführung einer Sterbefasse und die Verlängerung der Bezugsdauer der Krankenunterstützung, obwohl gerade den letzten Antrag einige Vertreter größerer Orte bringend zur Annahme empfahlen. Nur bei der Streitunterstützung wurde nach dem Antrage des Verbandsvorstandes verfahren und Abstriche nicht gemacht. Ein Beschluß verdient noch besonders hervorgehoben zu werden. Ein Kollege aus Dresden hatte schon sofort nach dem Bekanntwerden der Anträge zur Neuregelung des Unterstützungswesens in der „Solidarität“ darauf hingewiesen, wie ungerecht gerade für die älteren und ältesten Verbandsmitglieder die Berechnung der Unterstützungssätze sei, die ja nicht nach dem Mitgliedsalter, sondern nach der Summe der geleisteten Beiträge sich richtet. Er wies nach, daß auch der älteste Verbandskollege bei Inkrafttreten des Statuts erst nach Jahren in den Genuß der höchsten Unterstützung kommen könnte, also eigentlich die Sätze nur auf dem Papier ständen. Der Verbandstag fand hier einen Ausweg und ordnete an, daß jeder, der fünf Jahre dem Verbandsangehörte und 260 Beiträge geleistet hat, die Unterstützungssätze seiner Klasse und Staffel erhält. So fällt demnach bei den älteren Verbandsmitgliedern die Umrechnung nach der bezahlten Beitragssumme fort.

Die materiellen Abänderungen des Statuts treten am 1. Oktober d. J. in Kraft, doch werden bis dahin die von der Verbandsleitung angeordneten Extrabeiträge weiter erhoben. Dabei hat der Verbandstag ausdrücklich festgelegt, daß Extrabeiträge wie ordentliche Beiträge zu leisten sind und die Verweigerung der Zahlung von Extrabeiträgen das Recht auf Bezug einer Unterstützung bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit aufhebt.

Jeder Verbandstag brachte bisher eine Erhöhung der Beiträge. Stets kam der Kassierer mit derselben Klage, der Ueberschuß verringere sich von Vierteljahr zu Vierteljahr, die Gesamteinnahmen gingen für Unterstützungszwecke auf. In der letzten Verbandsperiode reitete uns nur der Extrabeitrag vor einem großen Defizit, obwohl diesmal die Ausgabe für Unterhaltungen verhältnismäßig geringer war als sonst. Dafür waren aber die Verwaltungskosten unerhöht gestiegen. Die Wirkung von Einnahmen und Ausgaben war jedoch auf jedem Verbandstag die gleiche. Die Beiträge mußten erhöht werden, um den finanziellen Anforderungen zu genügen. Immer wurde auf die Schaffung eines Kampffonds hingewiesen, aber stets wurde auch durch die Heraushebung der Unterhaltungen dieser Zweck vereitelt. In diesemmal die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen ausreichen werden, um einen Ueberschuß zu erzielen, der für die eigentlichen

Aufgaben einer Gewerkschaft als Kampfereserve ausreichen wird, tann trotz sorgfältiger Berechnungen bestimmt nicht vorausgesetzt werden. Solange den Mitgliedern für jeden Pfennig, den sie mehr zahlen, auch entsprechende finanzielle Leistungen garantiert werden müssen, wird der Verband größere Streiks und Lohnbewegungen kaum ohne eine Extrastener erfolgreich durchführen können. Auch die Frankfurter Finanzreform wird nach allen ihr anhaftenden Mängeln nicht unsere Erwartungen erfüllen. Größte Sparmaßnahme bei den Ausgaben für die Verwaltung ist dringend angeraten worden und allen Funktionären zur Pflicht gemacht, wird sicher auch befolgt werden, allerdings ist hier die Möglichkeit einer nennenswerten Minderung verhältnismäßig gering.

Von manchem Delegierten ist auf dem Verbandstag vor einer Ueberschätzung großer Vermögensbestände gewarnt und offen ausgesprochen worden, daß auch eine millionenstarke Kampfereserve nicht sichere Gewähr für erfolgreiche Austragung auszuwegener Konflikte bietet. Das stimmt schon. Beispiele aus anderen Organisationen sind genügend vorhanden. Mit Geld allein sind größere Lohnkämpfe nicht zu führen, aber ohne Darmmittel überhaupt nicht. Die in unserem Verband bisher eingeschlagene Taktik bei Lohnbewegungen hat meistens offene Konflikte vermieden. Immer werden sie nicht zu umgehen sein. Und in diesen Fällen sind ganze und Teilerfolge abhängig von der finanziellen Stärke und der Typenwilligkeit der Mitglieder.

In der Leitung des Verbandes, in der gewerkschaftlichen Schulung der Mitglieder soll der Kampfcharakter stärker betont werden. Durch Worte wird in dieser Hinsicht nicht viel zu erreichen sein. Zwar läßt sich auch mit Worten trefflich streiten, immer wird man damit nicht überzeugen können. Die harte Wirklichkeit wird auch in Arbeiterkreisen oft mehr Aufklärung bringen als große Reden. Kurze treffende Hinweise auf die Zeitumstände, die traurige wirtschaftliche Lage der Lohnarbeiter und auf die Mittel, die angewendet werden müssen, um aus dem Elend herauszukommen, können die Aufklärung vervollständigen. Sind die Verfassungskörper so zur Kenntnis gekommen, werden sie selbst tatkräftig Hand anlegen, werden sie für ihre Ueberzeugung Opfer bringen müssen. Ohne Einsatz wird kein Kampf gewonnen. Alles, was die Mitglieder für den Verband tun, tun sie für sich selbst. Sie erweisen nur sich einen Dienst mit erhöhter Verträglichkeit, wenn auch damit nicht sofort bestimmte Zugaben gegeben werden können. Für den entschlossenen einheitlichen Willen der Arbeiter, für ihre Gefinnung als Klassenkämpfer sind guter Prüßstein die finanziellen Opfer, die sie bringen, und die der Masse der Organisierten einen starken Rückhalt geben.

Immensee.

Von Theodor Storm.

Der Alte.

An einem Spätherbstnachmittage ging ein alter wohlgekleideter Mann langsam die Straße hinab. Er schien von einem Spaziergange nach Hause zurückzukehren; denn seine Schnallenschuhe, die einer vorübergegangenen Mode angehörten, waren bestäubt. Den langen Rohrstod mit goldenem Knosptrug er unter dem Arm; mit seinen dunkeln Augen, in welche sich die ganze verlorene Jugend gerettet zu haben schien, und welche eigentümlich von den schneeweißen Haaren abstanden, sah er ruhig umher oder in die Stadt hinab, welche im Abendsonnenlichte vor ihm lag. — Er schien fast ein Fremder; denn von den Vorübergehenden grüßten ihn nur wenige, obgleich mancher unwillkürlich in diese ernsten Augen zu sehen gezwungen wurde. Endlich stand er vor einem hohen Giebelhause still, sah noch einmal in die Stadt hinaus und trat dann in die Hausthür. Bei dem Schall der Thür wurde drinnen in der Stube von einem Guckfenster, welches nach der Diele hinausging, der grüne Vorhang weggehoben und das Gesicht einer alten Frau sichtbar. Der Mann winkte ihr mit seinem Rohrstod. „Noch kein Licht!“ sagte er in einem etwas süßlichen Akzent; und die Hausbälterin ließ den Vorhang wieder fallen. Der Alte ging nun über die weite Hausthür, dann durch einen Besel, wo große Eisschränke mit Porzellanwägen an den Wänden standen; durch die gegenüberstehende Tür trat er in einen kleinen Flur, von wo aus eine enge Treppe zu den oberen Zimmern des Hinterhauses führte. Er stieg sie langsam hinauf, schloß oben eine Tür auf und trat dann in einmäßig großes Zimmer. Hier war es heimlich und still; die eine Wand war fast mit Repostorien und Bücherchränken bedeckt; an der andern hingen

Die „Bethel-Schriften“ gegen die Gewerkschaften.

Die Anstalt Bethel bei Bielefeld, von echten Vortragschriften geleitet, weigert sich, ihren Arbeitern und Arbeiterinnen den von den Organisations-tariffisch vereinbarten Lohn zu zahlen. Vor einiger Zeit wurde bekanntgegeben, daß in den Anstaltsbetrieben ein „Einheitslohn“ eingeführt wird und die tariflichen bzw. berufsüblichen Löhne nicht mehr gezahlt werden. Naive Gemüter könnten vielleicht annehmen, daß die christliche Leitung für ihre Arbeiter und Arbeiterinnen einen höheren als den bereits anerkannten Lohn festsetzen wollte. Wer das glaubt, kennt diese Art „Schriften“ wenig. Der neue „Einheitslohn“ bedeutete für manchen einen Lohnabzug von 40 M. und darüber.

Auf alle erdenkliche, teilweise recht unmoralische Art hat man versucht, die Arbeitererschaft zu zerplündern und für den „Einheitslohn“ gefügig zu machen. Man hat selbst die hohen Kosten nicht gescheut, nach Berlin zu fahren, um vom Arbeitsministerium eine Erlaubnis für das gegen die Arbeiter gerichtete Vorhaben zu erlangen. Trotz der einseitigen Darstellung hat aber diese Mission kein zufriedenstellendes Ergebnis gezeitigt. Trotz alledem ist jetzt ein „Anstalts-Tarif“ ausgearbeitet worden, den die Arbeiter unterschreiben sollen. Durch diesen Tarif sind die Arbeiter mit Haut und Haaren der Anstalt ausgeliefert, da ein Austritt aus ihrer Berufsorganisation damit verbunden wäre. Das Vorgehen ist nichts anderes, als ein Vernichtungsfeldzug gegen die Gewerkschaften. Die Leitung soll sich gesagt sein lassen, daß schon ganz andere Mächte sich den Schülern an den Gewerkschaften eingeordnet haben. Mag sie vielleicht hier und da einen Erfolg buchen können, aber die Zeit wird kommen, wo ihr die Felle fortschwimmen werden.

Der Schlichtungsausschuß hat sich in der letzten Zeit wiederholt mit dem arbeiterfeindlichen Machtstandpunkt und dem unsozialen Empfinden der Anstalt befassen müssen. Die Anstalt wurde in allen Streitfällen rechtskräftig verurteilt. Auch der Demobilisationskommissar in Minden hat für das Vorgehen der Anstalt kein Verständnis. In mehreren Fällen wurde die Anstalt gezwungen, Arbeiter wieder einzustellen, die 1/2 Jahre Krieg und eine lange Gefangenschaft durchgemacht hatten. Trotzdem ist die Anstalt vom Schlichtungsausschuß rechtskräftig zum Bezahlen des berufsüblichen tariflichen Lohnes der verschiedenen Arbeitergruppen verurteilt worden ist, versucht sie jetzt auch bei den Druckern ihrer Druckerei, diesen ihren „Einheitslohn“ aufzuzwingen. Auch hier soll dieser „Einheitslohn“ in seiner höchsten Stufe von wöchentlich 175 M. für Familienväter mit fünf Kindern diesen das Leben beghrenswert machen.

Wilder von Menschen und Gegenden; vor einem Tische mit grüner Decke, auf dem einzelne aufgeschlagene Bücher umherlagen, stand ein schwerfälliger Lehrstuhl mit rotem Sammetkissen. — Nachdem der Alte Hut und Stod in die Ecke gestellt hatte, setzte er sich in den Lehrstuhl und schen mit gefalteten Händen von seinem Spaziergange auszurufen. — Wie er so sah, wurde es allmählich dunkler; endlich fiel ein Mondstrahl durch die Fensterscheiben auf die Gemälde an der Wand, und wie der helle Streif langsam weiterrückte, folgten die Augen des Mannes unwillkürlich. Nun trat er über ein kleines Bild in schlichtem schwarzem Rahmen. „Elisabeth!“ sagte der Alte leise; und wie er das Wort gesprochen, war die Zeit verwandelt — er war in seiner Jugend.

Die Kinder.

Bald trat die anmutige Gestalt eines kleinen Mädchens zu ihm. Sie hieß Elisabeth und mochte fünf Jahre zählen; er selbst war doppelt so alt. Um den Hals trug sie ein rotseidenes Täschchen; das ließ ihr hübsch zu den braunen Augen.

„Reinhard“, rief sie, „wir haben frei, frei! Den ganzen Tag keine Schule, und morgen auch nicht.“

Reinhard stellte die Medientafel, die er schon unterm Arm hatte, hint hinter die Haustür, und dann ließen beide Kinder durchs Haus in den Garten und durch die Gartenpforte hinaus auf die Wiese. Die unverhofften Ferien kamen ihnen herrlich zustatten. Reinhard hatte hier mit Elisabeths Hilfe ein Haus aus Rasensäcken aufgeschürt; darin wollten sie die Sommerabende wohnen; aber es fehlte noch die Pant. Nun ging er gleich an die Arbeit; Mägel, Hammer und die nötigen Bretter lagen schon bereit. Währenddessen ging Elisabeth an dem Wall entlang und sammelte den ringförmigen Samen der wilden Malve in ihre Schürze; davon wollte sie sich Ketten und Halsbänder

— Den für ganz Deutschland geltenden, von etwa 93 Prozent der Unternehmer und Gehilfen anerkannten Buchdrucker-Tarif hat die Anstalt gekündigt, um die Gehilfen zum Verlassen des Betriebes zu veranlassen.

Eine recht eigenartige Rolle spielen bei den Verhänden, die Arbeiter für den Anstalts-Lohn-Tarif gefügig zu machen, der Leiter der Druckerei, Herr Wilhelm Gieseling (aus Minden) und dessen Familien, der Obermaschinenmeister Hermann Sewing, Eggeweg 5. Beide (frühere Verbandsmitglieder) stammen aus Arbeiterverhältnissen und sollten wissen, daß es schändlich ist, zur Verelendung ihrer früherer Kollegen die Hand zu bieten. — Herr Gieseling hat es verstanden, durch sein „Anpassungsvermögen“ den Platz seines tüchtigen, humanen, leider gefallenen Vorgängers zu ergattern. In provozierender Weise versucht er schon wochenlang, die Gehilfen und Arbeiterinnen im Geheimen zu bewegen, aus ihrem Berufsverbande auszutreten, obwohl ihm bekannt ist, daß dadurch eine große Schädigung jedes einzelnen eintritt. Neben dem Verluste der erworbenen Rechte in bezug auf soziale Unterstützungen wäre der Arbeiter dann ganz der Gnade und Ungnade der Anstalt ausgeliefert. Auf Einsprechen des Betriebsrates versuchte Herr Gieseling, seine verbandstößende Tätigkeit in die Wohnungen der Arbeiterinnen zu verlegen, um die Eltern zu bearbeiten. Bei einzelnen will er sogar mit Herrn Pastor Fr. v. Bodelschwingh erscheinen, um so den Austritt aus der Organisation besser zu erreichen. Durch allerlei verlockende Versprechungen und Abgabe seines Ehrenwortes ist es ihm gelungen, einen vorläufigen kleinen Erfolg buchen zu können. Mit diesem Manne kann nur unter Zeugen verhandelt werden, da er es fertig bringt, jedes Wort in das direkte Gegenteil zu verkehren, weshalb ihm auch von keinem Arbeiter im Betriebe Glauben geschenkt wird. Sein Familien, Herr Sewing, versuchte, die Arbeiterinnen in der Druckerei, die sich nicht einzugehen ließen, in den letzten Tagen vor ihrem Austritt zu schikaniieren und das Leben sauer zu machen.

In einigen Fällen ist es gelungen, Kolleginnen zum Austritt aus dem Verbands zu bewegen. Die Anstaltsleitung war so liebenswürdig, die Austrittserklärung für die Betroffenen selbst zu erledigen und hat zu diesem Zweck außer Schreibmaterial sogar das Porto für die eingeschriebenen Briefe nicht gespart. Die Kolleginnen Emma Franke und Frieda Schulte haben erst den Vorstehenden unserer Zahlstelle, Kollegen Just, für sie andere Arbeit zu verschaffen, gingen aber, nachdem sie kurze Zeit in einem anderen Betriebe gearbeitet hatten, wieder zur Anstalt zurück. Mit ihnen sind noch die Kolleginnen Paula Borgardt, Martha Bockmann und Grete Witte jedenfalls auf Veran-

machen; und als Reinhard endlich trotz mancher trummgeschlagener Nagels seine Pant dennoch zustande gebracht hatte und nun wieder in die Sonne hinaus trat, ging sie schon weit davon am andern Ende der Wiese.

„Elisabeth!“ rief er, „Elisabeth!“ und da kam sie, und ihre Voden flogen. „Komm“, sagte er, „nun ist unser Haus fertig. Du bist ja ganz heiß geworden; komm herein, wir wollen uns auf die neue Pant setzen. Ich erzähl dir etwas.“

Dann gingen beide hinein und setzten sich auf die neue Pant. Elisabeth nahm ihre Ringelchen aus der Schürze und zog sie auf lange Bindfäden; Reinhard fing an zu erzählen: „Es waren einmal drei Spinnfrauen —“

„A“, sagte Elisabeth, „das weiß ich ja auswendig; du mußt auch nicht immer daselbe erzählen.“

Da mußte Reinhard die Geschichte von den drei Spinnfrauen stecken lassen, und statt dessen erzählte er die Geschichte von dem armen Mann, der in die Löwengruube geworfen war.

„Nun war es Nacht“, sagte er, „weißt du? ganz finstere, und die Löwen schliefen. Mitunter aber gähnten sie im Schlaf und reckten die roten Zungen aus; dann schauerte der Mann und meinte, daß der Morgen komme. Da warf es um ihn her auf einmal einen hellen Schein, und als er aufschah, stand ein Engel vor ihm. Der winkte ihm mit der Hand und ging dann gerade in die Felsen hinein.“

Elisabeth hatte aufmerksam zugehört. „Ein Engel?“ sagte sie. „Hatte er denn Flügel?“

„Es ist nur so eine Geschichte“, antwortete Reinhard; „es gibt ja gar keine Engel.“

„O pfui, Reinhard!“ sagte sie und sah ihm starr ins Gesicht. Als er sie aber finstere anblickte, fragte sie ihn zweifelnd: „Warum sagen sie es denn immer? Mutter und Tante und auch in der Schule?“

lassung der frommen Anstaltsleitung aus unseren Verbänden ausgetreten.

Diese Kolleginnen werden bald gewahrt werden, daß sie sich nur selbst geschadet haben. An die andern Arbeiter und Arbeiterinnen der Anstalt aber ergeht der Ruf: „Haltet treu zu euren Organisationen, weicht entschieden das arbeiterfeindliche Anfeinden der Anstaltsleitung ab. Nur durch einmütiges Zusammenhalten könnt ihr die Euch zugehenden wesentlichen Verschlechterungen abwehren!“

Die Kriegsstatistik der freien Gewerkschaften.

T.

Als im Jahre 1914 der Weltkrieg über Deutschland wippenartig hereinbrach, erschien auch der Fortbestand der Gewerkschaften auf das ernsteste gefährdet. Hunderttausende der besten Mitglieder wurden den Verbänden durch die Einberufungen zum Heeresdienst entzogen, und die plötzlich eingetretene Unterbrechung des Erwerbslebens hatte eine Arbeitslosigkeit in solchem Umfange zur Folge, daß die Gewerkschaften den an sie gestellten finanziellen Anforderungen zu erstehen drohten. Zu diesen kritischen Tagen entstand bei den Verbandsleitungen der feste Wille, unter möglichster Anpassung an die außerordentlichen Verhältnisse, die Gewerkschaftsorganisationen den Arbeitern über die schwere Kriegszeit hinweg zu erhalten. Um eine Uebersicht über die Organisationsverhältnisse zu gewinnen, unternahm die Generalkommission bei den ihr angeschlossenen Zentralverbänden Feststellungen über „den Bestand der Mitglieder, die Zahl der Eingezogenen und Arbeitslosen sowie über die Ausgaben für Unterstützungen“. Die erste dieser Erhebungen erfolgte anfangs September 1914, die letzte schließt ab mit dem 30. September 1918. Wenige Wochen später kam der militärische Zusammenbruch, der zum Abschluß des Waffenstillstandes zwang. Bis zum Schluß des ersten Kriegsjahres konnten die Kriegsstatistiken der Zentralverbände unbeanstandet im „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht werden. Sodann verbot die Militärbehörde ihr weiteres Erscheinen. Die Zahlen der Eingezogenen und der Gefallenen sollten nicht mehr bekannt werden.

Nach Friedensschluß hat sich der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dazu entschlossen, mit Rücksicht auf den späteren historischen Wert der Erhebungen, die manchen Aufschluß über den Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaften bieten, das mit so vielem Fleiß und großer Mühe eingebrachte Material zusammengefaßt der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Die Veröffentlichung ist nunmehr in einer Beilage zu Nr. 28 des „Korrespondenzblattes“ erfolgt.

„Das weiß ich nicht,“ antwortete er. „Aber du?“ sagte Elisabeth, „gibt es denn gar keine Löwen?“

„Löwen? Ob es Löwen gibt! In Indien; da spannen die Götterpriester sie vor den Wagen und fahren mit ihnen durch die Wüste. Wenn ich groß bin, will ich einmal selber hin. Da ist es viel tausendmal schöner als hier bei uns; da gibt es gar keinen Winter. Du mußt auch mit mir. Willst du?“

„Ja,“ sagte Elisabeth; „aber Mutter muß dann auch mit und keine Mutter auch.“

„Nein,“ sagte Reinhard, „die sind dann zu alt, die können nicht mit.“

„Ich darf aber nicht allein.“

„Du sollst schon dürfen; du wirst dann wirklich meine Frau, und dann haben die anderen dir nichts zu befehlen.“

„Aber meine Mutter wird weinen.“

„Wir kommen ja wieder,“ sagte Reinhard heftig; „lag es nur gradheraus: willst du mit mir reisen? sonst geh' ich allein; und dann komme ich immer wieder.“

Der Kleine kam das Weinen nahe. „Nach nur nicht so böse Augen,“ sagte sie; „ich will ja mit nach Indien.“

Reinhard sagte sie mit ausgelassener Freude bei beiden Händen und zog sie hinaus auf die Wiese. „Nach Indien, nach Indien!“ sang er und schwenkte sich mit ihr im Kreise, daß ihr das rote Tüchlein vom Halse flog. Dann aber ließ er sie plötzlich los und sagte ernst: „Es wird doch nichts daraus werden; du hast keine Courage.“

— „Elisabeth! Reinhard!“ rief es jetzt von der Gartenpforte. „Hier! Hier!“ antworteten die Kinder und sprangen Hand in Hand nach Hause.

(Fortsetzung folgt.)

Ein besonderer Wert der Kriegsstatistiken liegt darin, daß sie auch Angaben über die Zahl der neu eingetretenen und der ausgeschiedenen Mitglieder enthält und damit erst die tatsächliche Mitgliederbewegung bei den Gewerkschaften während der Kriegsjahre erkennen läßt. Vom Schluß des 2. Quartals 1914 bis zum 30. September 1918 waren den berichtenden Zentralverbänden 1 682 682 Mitglieder, darunter 619 379 weibliche, beigetreten, dagegen werden für den gleichen Zeitraum wieder 1 266 141 Mitglieder, darunter 359 530 weibliche, als ausgeschieden angeführt. Unter Berücksichtigung der Eingetretenen betrug der gesamte Mitgliederabgang während des Krieges 2 777 648 = 66,2 Proz. gegenüber dem Mitgliederbestand am Schluß des 2. Quartals 1914 unter Hinzurechnung des Mitgliederzuwachses. Die höchste prozentuale Verlustzahl weist die Erhebung vom 4. Quartal 1916 mit 69,9 auf. Dann tritt eine leichte Besserung ein. Von dem gesamten Mitgliederverlust kommen bis zum 3. Quartal 1918 1 412 837 Mitglieder = 33,7 Proz. auf die Einberufungen zum Heeresdienst, das ist etwa die Hälfte des Gesamtverlustes. Sicherlich ist diese Zahl noch höher, als sie zahlenmäßig ausgewiesen ist, da sich nicht alle eingezogenen Mitglieder ordnungsgemäß abmelden. Ob schon sich naturgemäß mit der längeren Dauer des Krieges die Zahl der Eingezogenen ständig erhöhen mußte, so senkt sich doch vom 30. Juni 1917 ab die prozentuale Zahl nicht unerheblich. Diese Erscheinung wird bedingt durch den mit Anfang des Jahres 1917 eingetretenen Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften; der Anteil der Einberufenen an der Verlustzahl wird dadurch vermindert. Dieser Anteil ist hier angegeben im Verhältnis zu den gesamten Mitgliedern einschließlich der weiblichen. Ein wesentlich anderes Bild ergibt sich, wenn die Zahl der Einberufenen in Beziehung zu den männlichen Mitgliedern gesetzt wird. Diese Berechnungsmethode ist bei den einzelnen Erhebungen erfolgt und zeitigte folgendes Ergebnis:

Zum Heeresdienst waren einberufen: 30. Januar 1915: 34,1 Proz., 31. Juli 1915: 40,4 Proz., 31. Dezember 1915: 59,7 Proz., 30. Juni 1916: 61,5 Proz., 31. Dezember 1916: 64,1 Proz., 30. Juni 1917: 63,2 Proz., 31. Dezember 1917: 69,3 Proz., 30. September 1918: 67,6 Proz. der männlichen Mitglieder.

Auch hier tritt die Erscheinung der prozentualen Senkung der Einberufungsanzahl vom 30. Juni 1917 an als eine Wirkung des vermehrten männlichen Mitgliederzuwachses hervor. Die prozentualen Zahlen lassen erkennen, in welchem gewaltigen Umfange die männliche deutsche Bevölkerung am Kriege teilgenommen hat. Und mit tiefer Erschütterung nehmen wir durch die trockenen Zahlen Kenntnis davon, daß von der Gesamtzahl der Eingezogenen am 30. September 1918: 129 585 Mitglieder = 9,2 Proz. in dem besten Lebensalter als Kriegssopfer auf den Schlachtfeldern gefallen oder in den Lazaretten verstorben sind. Ungeheure Opfer an Menschenleben, wenn man sich diesen Todesanteil übertragen auf alle Eingezogenen zahlenmäßig vorstellt. Da mit dem 30. September 1918 die Todeszahl noch nicht abgeschlossen war, wird man annehmen können, daß mindestens der zehnte Teil der Einberufenen als Kriegssopfer gebieten ist.

Der Mitgliederbestand der Zentralverbände hatte bis zum Schluß des Jahres 1918 von Quartal zu Quartal eine ständige Abnahme erfahren. Sodann trat eine Aufwärtsbewegung ein. Am 30. Juni 1917 kann eine eingetretene Vermehrung um 139 438 Mitglieder = 14,7 Proz. verzeichnet werden. Noch erheblicher war dann die Zunahme an Mitgliedern bis Schluß des Jahres, sie betrug 187 628 = 17,2 Proz. Bis zum September 1918 stieg die Mitgliederzahl weiter, jedoch in geringem Umfang, und zwar um 138 653 = 10,9 Proz. Die Aufwärtsbewegung der weiblichen Mitgliederzahl trat erheblich früher ein als die der männlichen. Schon am 30. Juni 1916 war ein Gewinn von 6970 weiblichen Mitgliedern = 4,9 Proz. festzustellen. Numerisch am stärksten war die weibliche Mitgliederzunahme vom 30. Juni 1917 bis zum Schluß des gleichen Jahres mit 70 517 = 26,7 Proz. Die letzte Erhebung schließt ab mit einer Vermehrung von 41 363 Mitgliedern = 12,4 Proz. Das Schlussergebnis der Kriegsstatistiken ergibt folgendes: Es betrug die Zahl der Mitglieder vor Ausbruch des Krieges 2 289 454 männliche, 231 131 weibliche, zusammen 2 520 585. Dagegen waren vorhanden am 30. September 1918: 1 039 979 männliche, 375 540 weibliche, zusammen 1 415 519 Mitglieder. Es ist demnach während des Krieges eine Abnahme von 1 095 066 Mitgliedern = 43,6 Proz. zu verzeichnen. Da 1 412 837 Mitglieder eingezogen waren, so entfällt die Abnahme lediglich auf die Einberufungen. Die männliche Mitgliederabnahme allein bezieht sich auf 1 249 475, während sich die Zahl der weiblichen Mitglieder um 154 409

= 69,8 Proz. erhöhte. Die starke Vermehrung der weiblichen Mitglieder ist auf die während des Krieges erheblich gewachsene Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben zurückzuführen.

Die durch die Kriegsstatistiken gemachten Feststellungen über den Grad der Arbeitslosigkeit geben ein Spiegelbild der Gestaltung des Wirtschaftslebens während der Kriegsjahre. Die anfangs September 1914 vorgenommene Erhebung verzeichnet 370 126 Arbeitslose = 21,2 Proz. der an der Berichterstattung beteiligten Mitglieder. Die für diese Arbeitslosen aufgewendete Unterstützung betrug wöchentlich 1 648 120 Mk. Am 31. Oktober ist die Arbeitslosenzahl bereits auf 10,5 Proz. zurückgegangen. Ende Januar, 1915 sind nur noch 6,6 Proz. der berichtenden Mitglieder arbeitslos und die Erhebung von Ende Juli weist mit 2,6 Proz. schon einen etwas geringeren Grad der Arbeitslosigkeit auf, als er in dem gleichen Monat 1913 und 1914 bestand. Die Arbeitslosenzahl sinkt nun fortgesetzt, mit einer geringen Abweichung im Dezember 1917, und stellt sich Ende September 1918 auf 0,8 Proz. Die anfängliche starke Arbeitslosigkeit schlug in den letzten Jahren um in eine erhebliche Nachfrage nach Arbeitskräften; die Kriegsindustrie arbeitete mit fieberhafter Anstrengung, um den Bedarf des Krieges zu decken. Während der ganzen Dauer des Krieges war die Arbeitslosigkeit bei den Frauen erheblich stärker als bei den Männern.

In den Zahlen der Arbeitslosen allein kommt jedoch die nach Ausbruch des Krieges eingetretene Beschäftigungslosigkeit nicht zum völligen Ausdruck. Im großen Umfange wurde in verschiedenen Gewerken eine starke Verfüzung der Arbeitszeit vorgenommen, um die völlige Arbeitslosigkeit möglichst einzuschränken. Von den Zentralverbänden ist versucht worden, auch eine Uebersicht über den Grad der teilweisen Beschäftigungslosigkeit zu gewinnen. Die ermittelten Zahlen sind recht erheblich und gehen mit Ausnahme der Erhebung vom 31. Oktober 1914 weit über die der Arbeitslosen hinaus, ob schon anzunehmen ist, daß von den Erhebungen die teilweise Beschäftigten nicht so völlig erfasst wurden als die Arbeitslosen. Am 31. Oktober 1914 wurden gezählt 122 545 = 7,4 Proz. und am 30. Januar 1915 100 925 = 7,6 Proz. bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigte Personen. Die niedrigsten Zahlen der teilweise Beschäftigten weisen die Erhebungen vom ersten und zweiten Halbjahr 1917 mit 16 785 = 1,6 Proz. und 19 550 = 1,5 Proz. auf. Am 30. September 1918 wurden 28 725 Personen = 2,1 Proz. der berichtenden Mitglieder als nur teilweise beschäftigt gezählt.

Aus unseren Zahlstellen.

Halle (Saale). Mitgliederversammlung vom 29. Juli. Kollege Scheibe gab bekannt, daß die Volksgenossenschaft der Firma Prokert (Steindruckerei) Lohnforderungen eingereicht hatte. Am 8. d. Mts. haben Verhandlungen stattgefunden, welche zu folgendem Ergebnis führten: Weibliche unter 16 Jahren 8,- M., über 16 Jahre 10,- M., Weibliche über 16 Jahre 12,- M., Männliche 20,- M. Bei der Firma Wolf (Buchdruckerei) wurde durch den Schlichtungsausschuß die Entlassung einer Kollegin rückgängig gemacht. Auch bei der Firma Mühs mußte in einem ähnlichen Fall der Schlichtungsausschuß eingreifen; die betreffenden Firmen vertreten einen eigenartigen Standpunkt, dem Personal wurde geantwortet, wenn sie nicht zufrieden sind, können sie freieren. Für das Hilfspersonal unter 17 Jahren sind noch keine Lohnsätze festgesetzt, trotzdem die Verwaltung alles Mögliche versucht hat, mit der Prinzipalität zu Verhandlungen zu kommen. Kollege Märker gab den Parteibericht. In sämtlichen Sitzungen hat die Betriebsrätefrage zur Debatte gestanden. In der nächsten Sitzung sollen die Mitglieder entscheiden, ob die Betriebsräte den Gewerkschaften angeschlossen werden. Die Berichterstattung vom 7. Verbandstag gab Kollege Scheibe. Er führte aus, daß er allen Beschäftigten seine Zustimmung nicht geben konnte. Im Fall Ermittlung ist zum Schaden der Volksgenossenschaft gearbeitet worden. Redner schilderte dann die Wirkungen der neuen Beitrags- und Unterstützungssätze. Hier mußte eine Änderung vorgenommen werden. Die letzte Bewegung hat gezeigt, daß die Unterstützung den jetzigen Verhältnissen entsprechend zu niedrig war. Die Wahl der sechs unbesetzten Vorstandsmitglieder zum Verbandsvorstand rief eine sehr erregte Debatte hervor. Kollegin Hagerhorn führte aus, daß jede Vorstandssitzung sehr teuer zu stehen kommt. Man soll die Beiträge der Mitglieder nicht vergeden. In einer Resolution wurde gegen den Beschluß, die unbesetzten Mitglieder aus dem Reiche zu entnehmen, protestiert. Kollege Vielg ermahnte die Versammelten, mehr Rührigkeit zu halten bei Abhaltung der Unterstützungen und der Beitragszahlung.

Kundtsman.

Die Auflösung von Buchdruckereien in Groß-Berlin hat unter den Gehilfen und Hilfsarbeitern, die die einzigen Leibtragenden bei der Stilllegung und dem Verkauf der Betriebe sind, begeisterte Erregung hervorgerufen. Vor einigen Wochen stellte die Firma Imberg und Leiffon in Berlin und Neubabelsberg den Betrieb ein und begründete die Auflösung mit finanziellen Schwierigkeiten. Obgleich die Druckerei gut beschäftigt war und die Arbeiterschaft durch ihre Organisationsleitungen bei den in Frage kommenden Instanzen, Demobilisierungskommissar, Reichswirtschaftsamt, Reichsarbeitsamt sofort Einspruch gegen das die Allgemeinwirtschaft schädigende Vorgehen der Unternehmer erhob, konnte die Aufrechterhaltung des Betriebes nicht erwungen werden. In letzter Zeit nun mehren sich die Fälle, da die Unternehmer den Betrieb schließen, Materialien und Maschinen verkaufen und ihr Personal entlassen. Die Buchdruckerei Julius Sittenfeld, eine Firma, die auf ein bald hundertjähriges Bestehen zurückblicken kann und etwa 600 Personen beschäftigt, hat jetzt dem Betriebsrat die trockene Mitteilung gemacht, daß das gesamte Inventar von der Firma Raß und Garleb gekauft sei und der Betrieb daher am 31. August geschlossen werde. Die Firma kann sich über Mangel an Aufträgen nicht beklagen, sie ist vorwiegend mit staatlichen und kommunalen Aufträgen beschäftigt, ihr Inhaber ist gleichzeitig Besitzer des Karl Henmannschen Verlages.

Bei den jetzt günstigen Konjunkturbedingungen machen die Inhaber ein gutes Geschäft, wenn sie Materialien und Maschinen verkaufen. Hindernisse kann sie niemand daran, wie die angerufenen Behörden selbst zugegeben haben, sogar die Verschlebung der Maschinen nach dem Auslande wird ihnen möglich sein. Die Arbeiter stehen fast machtlos dem rücksichtslosen Treiben der Unternehmer gegenüber. Ihnen wird kurz und bündig erklärt, sie hätten zu dem angegebenen Zeitpunkt den Betrieb zu verlassen, ob ein Teil von ihnen im Gewerbe überhaupt noch Beschäftigung findet, ist den Betriebsinhabern gleichgültig. Die graphischen Arbeiter haben deshalb durch ihren Organisationsvertreter an den Reichswirtschaftsrat folgenden Antrag eingereicht:

Die Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes fordert:

1. Bei Stilllegung der Betriebe
2. bei Auflösung oder Verkauf
3. bei Vereinigung (Fusion) mehrerer Betriebe ein Mitbestimmungsrecht durch Schaffung besonderer Instanzen, die die Notwendigkeit und Berechtigung der beschlossenen Maßnahmen zu prüfen haben vom kaufmännischen und technischen Standpunkt aus unter Hinzuziehung von Vertretern der beiderseitigen örtlichen Organisationen.

Diese Instanz muß das Recht haben, die beschlossenen Maßnahmen zu unterlagen und die Fortführung der Werke zu veranlassen.

Sicher ist die Schaffung einer derartigen Instanz im graphischen Gewerbe notwendig gegen die Willkür der selbstherrlichen Unternehmer, die in sträflicher Profligatorie Hunderte von Arbeiterexistenzen opfern und sich den Teufel darum kümmern, ob unser zerrüttetes Wirtschaftsleben noch mehr darunter leidet oder nicht. Besser wäre es allerdings, wenn die Betriebsräte wirkliche Rechte hätten und sie im Interesse der Arbeiterschaft auch ausübten. Unser Bestreben muß es sein, den notwendigen Einfluß auf die Betriebsführung zu gewinnen, durch den von vornherein die Sabotage der Unternehmer unmöglich gemacht wird.

Eine Konferenz der Agitationskommissionen, Bezirks- und Gauleiter des A. D. G. B. und der Afa am 5. Juli 1920 im Berliner Gewerkschaftshaus nahm zur Durchführung der Betriebsrätezentralen Stellung. Die einleitenden Referate hielten Vrolat (Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale und Körper Afa). Der erste behandelte die Organisation, der letztere die Tätigkeit der Betriebsrätezentralen. Von der Betriebsrätezentrale waren der Konferenz als Material unterbreitet: 1. Richtlinien für die Geschäftsführung und Geschäftsordnung eines Betriebsrats, a) Geschäftsführung, b) Geschäftsordnung. 2. Entwurf einer Arbeitsordnung. 3. Richtlinien bei Einstellungen. 4. Richtlinien bei Entlassungen. Angenommen wurde eine Entschließung folgenden Inhalts:

„Die am 5. Juli im Gewerkschaftshaus zu Berlin versammelten Agitations- und Gauleiter des A. D. G. B. und der Afa stellen sich auf den Boden des Aufbaus und der Richtlinien der beiden Spitzenorganisationen zur Bildung freigewerkschaftlicher Betriebsrätezentralen. In Anlehnung an das Betriebsrätegesetz, dessen Mängel und

Hemmnisse für die Arbeitnehmer beseitigt werden müssen, ist der Kampf zur Erringung des vollen Mitbestimmungsrechts in den Betrieben und zur Vorgehenshaftung der Produktion aufzunehmen. Im derzeitigen Betriebsrätegesetz bleiben weite Kreise der in Kleinbetrieben tätigen Arbeitnehmer völlig unberücksichtigt. Schon diese Tatsache bedingt ein inniges Zusammenarbeiten von Betriebsräten, Betriebsoblen und Gewerkschaften. Die Konferenz erblickt die dringendste Aufgabe der Betriebsräte in 1. der Einarbeitung in die Warenherzeugung und Warenverteilung, 2. der Ausgestaltung der Geschäftsführung nach einheitlichen Gesichtspunkten, 3. der Lösung der sozialen und Berufsfragen, 4. der Fortführung von volkswirtschaftlicher Ausbildung der Betriebsräte. Zur Erreichung dieser Ziele ist es notwendig, in den örtlichen Betriebsrätezentralen 1. das Material der einzelnen Industriegruppen zu sammeln und einheitlich zu bearbeiten, 2. desgleichen die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen zusammenzustellen, 3. auf diese Weise einen Ueberblick über den Stand der Industriegruppen zu gewinnen, 4. durch Vorträge die so gewonnene Kenntnis zu verbreiten, 5. durch Kurse die Betriebsräte für ihre Aufgabe zu schulen, 6. für Verbreitung der Betriebsrätezeitungen zu wirken, 7. zur Bearbeitung der sich aus der Geschäftsführung ergebenden Fragen und Differenzen eine Organisationskommission zu wählen, desgleichen für soziale und Berufsfragen eine Kommission für Sozialpolitik und für die Produktion betreffende Angelegenheiten eine Kommission für Wirtschaftspolitik, 8. zu allen Fragen in den Kollisionsfällen Stellung zu nehmen, die notwendigen Maßnahmen zu beschließen und für deren Durchführung Sorge zu tragen, 9. auf Grund der bei der Durchführung dieser vorgenannten Maßnahmen gesammelten Kenntnisse der Lage der Industriezweige gemeinsam mit den Funktionären der Gewerkschaften die Richtlinien für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuarbeiten. Im Hinblick auf den vorstehenden Aufgabenkreis ist ein getrenntes Arbeiten von Betriebsräten und Gewerkschaften völlig unbenutzbar. Nur das engste Zusammenwirken beider Kreise der Arbeiterbewegung kann zum Erfolg führen. Je gründlicher die Arbeiter und Angeestellten in das Wesen der heutigen kapitalistischen Wirtschaft eindringen und je sachkundiger sie dem Unternehmer entgegenreten, um so unüberwindlicher wird die Macht der Arbeiterklasse.“

Auch die Leitfäden des zweiten Referenten, der mit diesen eine detaillierte Einführung in wichtige Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes verbunden hatte, wurden angenommen. Die Mustervorwürfe sollen der Prüfung der Gewerkschaftsvorstände und Agitationsleiter unterbreitet werden. Dann erfolgt ihre Bearbeitung entsprechend den eingehenden Wünschen, worauf sie den örtlichen Zentralen zur Verfügung gestellt werden. Die Konferenz beschäftigte sich sodann mit der „Betriebsrätezeitung“, deren Inhalt und Ausstattung allgemeine Zustimmung fand. Empfohlen und in Aussicht gestellt wurde ihre halbjährige Verschmelzung mit dem von der Afa herausgegebenen Betriebsräteorgan. An letzter Stelle wandte sich die Konferenz der Gefahr der Lebensmittelpreiskrise zu und faßte eine Entschließung, die einen sofortigen Abbau der Lebensmittelpreise fordert.

Ründigungen bei gekürzter Arbeitszeit. Das Reichsarbeitsministerium hat nach Berichten der Tagespresse unter dem 20. Juli über Ründigungen bei verkürzter Arbeitszeit folgende Entschließung getroffen: Nimmt der Arbeitgeber wegen Verringerung der Arbeitszeit eine Streckung der Arbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit vor, so ist er bei vierzehntägiger Ründigungsfrist verpflichtet, den Arbeitern für die ersten vierzehn Tage der verkürzten Arbeitszeit den vollen Lohn auszusahlen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob er die Ründigung ausgesprochen hat oder nicht. Läßt der Arbeitgeber sechs Wochen mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten und entläßt er bei weiterer Verringerung der Arbeitszeit nach vorausgegangener vierzehntägiger Ründigung die Arbeiter mit Ablauf der achten Woche, so ist er bei Entlassung der Arbeiter nicht etwa zur Zahlung des vollen Lohnes für die letzten vierzehn Tage verpflichtet, sondern lediglich zur Zahlung des Lohnes für die verkürzte Arbeitszeit.

Ein gewerkschaftlicher Ehren doktor. Die staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg i. Br. hat den Staatsrat Engler ehrenhalber promoviert. Die „Soziale Praxis“ schreibt dazu: Engler ist allen Freiburgern durch seine gewerkschaftliche und parteipolitische Wirksamkeit bekannt und wurde stets auch in den Kreisen der Studierenden wegen seiner ruhigen und maßvollen, aber sicheren und überzeugenden Art des Auftretens,

wie auch wegen seiner großen Kenntnisse sehr geschätzt. 1873 geboren, erlernte Engler den Zimmermannsberuf, wurde 1906 Arbeitersekretär, 1908 Parteisekretär, später außerdem auch Stadtrat und nach der Revolution Staatsrat. Er gehört zu den bedeutendsten Persönlichkeiten des bairischen Gewerkschafts- und Konsumvereinslebens, und man kann die Universität Freiburg nur zu ihrem freimütigen und wahrhaft akademischen Entschluß, diesen verdienten Mann in angemessener Weise zu ehren, beglückwünschen.

Reichskonferenz der Arbeitsinvaliden in Essen. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und andere Zivilinvaliden-Organisationen hatten zu einer Reichskonferenz vom 24. bis 26. Juli in Essen eingeladen, an der über 100 Delegierte aus dem ganzen Reich teilnahmen. Nach Referaten des Verbandsvorsitzenden Lüneburg (Frankfurt a. M.), der Stadtbetrottenen Waller (Elberfeld), Heermann (Duisburg) und Subke (Berlin) wurde die Einheitsorganisation unter dem Namen „Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands“ gegründet. Der Zentralverband wird alle nicht kriegsbeschädigten Invaliden Deutschlands und deren Hinterbliebenen umfassen und zählt zurzeit rund 60 000 Mitglieder. Die Richtlinien des neuen Verbandes wurden festgelegt; mit allen Kräften soll die wirtschaftliche Sicherstellung der Invaliden und Witwen angestrebt werden. Die heutige Armenpflege wird angesichts der unbeschreiblichen Not, in der sich all diese Kreise befinden, als völlig unzureichend und dazu kränkend und beleidigend für die Fürsorgeberechtigten angesehen. Soziale Hilfseinrichtungen in ähnlichem Aufbau wie die der Kriegsbeschädigtenfürsorge werden auch für die Arbeitsinvaliden und deren Hinterbliebenen gefordert, dazu Ausbau der Sozialversicherung. Gegen den Ausschluß der Arbeitsinvaliden und Arbeitsveteranen aus der Erwerbslosenfürsorge auf Grund des § 6 a wurde lebhafter Protest zum Ausdruck gebracht; man bedauerte, daß viele Kreise, darunter die deutsche Reichsregierung, zu wenig Verständnis und Empfinden für die Wünsche und die Not der Arbeitsinvaliden haben. Als Verbandsvorsitzende mit gleichen Rechten wurden Lüneburg (Frankfurt a. M.) und Steffes (Gamborn) gewählt. Bis zur endgültigen Ueberfiedlung nach Berlin wurde Frankfurt a. M. als Verbandssitz bestimmt und sind alle Anfragen und Anmeldungen an den Verbandsvorsitzenden Johs. Lüneburg, Frankfurt a. M., Saalgaße 33, Zimmer 58, zu richten.

Eingegangene Druckschriften.

Der Arbeiterrat, Organ der Arbeiter- und Betriebsräte Deutschlands, Schriftleitung Ernst Däumig. Einzelpreis 1 Mk. Verlag Berlin C. 25, Münzstr. 24.

Abrechnungen.

Abrechnungen für das 2. Quartal gingen ein aus:

Gau 3: Mannheim 2016,36, Seilbroun 1432,10 Mk.

Gau 5: Meissen 275,25 Mk.

G. Sobahl.

Nachruf.

Am 19. Juni verschied an Herzschlag unsere Kollegin

Johanna Gende

im Alter von 19 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Die Bahnhofs Bauern.

Nachruf.

Am 28. Juli 1920 starb unser lieber Kollege, der Rotationshilfsarbeiter

Franz Seibold

(i. Fa. Frankfurter Zeitung)

im Alter von 81 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Bahnhofs Krankenkasse a. M.